



Zusammenfassung der Sitzungsergebnisse der Arbeitsgruppe 6 Private Haushalte

Finale Fassung vom 11. Dezember 2013

Hintergrund

Im Rahmen des Dialog- und Beteiligungsverfahrens zur Erarbeitung des Klimaschutzplans NRW wurden in insgesamt sechs Arbeitsgruppen Vorschläge für Strategien und Maßnahmen zur Umsetzung der Klimaschutzziele NRW erarbeitet.

Hierzu wurden in jeder Arbeitsgruppe zentrale **Handlungsfelder** identifiziert und für jedes Handlungsfeld notwendige Klimaschutzstrategien formuliert. **Strategien** beschreiben mittel- bis langfristige Zielsetzungen innerhalb des Handlungsfeldes (bis 2050) und orientieren sich an den verfügbaren Potentialen in NRW sowie an den Rahmenbedingungen. Sofern möglich, haben die Arbeitsgruppen quantitative Zielsetzungen zu diesen Strategien formuliert, die als Grundlage für die Szenarienrechnungen des Wuppertal Instituts verwendet werden.

Darauf aufbauend haben die Arbeitsgruppen für alle Strategien konkrete **Maßnahmen** gesammelt und bewertet. Die Maßnahmen hinterlegen die Strategien mit konkreten Umsetzungsinstrumenten (gesetzliche Regelung, Selbstverpflichtung, Förderprogramm usw.) und adressieren die entsprechende Handlungsebene (Land, Kommunen, Wirtschaft usw.). Maßnahmen orientieren sich vorrangig an der kurz- und mittelfristigen Zeitperspektive (z.B. bis 2020).

Das folgende Dokument fasst die bisherigen Arbeitsergebnisse der *Arbeitsgruppe 6 Private Haushalte* zusammen: die von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe identifizierten Handlungsfelder, die empfohlenen Strategien sowie die in der Arbeitsgruppe diskutierten und bewerteten Maßnahmenvorschläge. Die jeweils genannten zusätzlichen Hinweise sind kein abgestimmtes Ergebnis der Gesamt-AG. Bei der Interpretation des hier angegebenen Stimmenverhältnisses (Empfehlung zur Aufnahme in den Klimaschutzplan) ist zu beachten: In der AG sind die gesellschaftlichen Akteure (Wirtschaft, Umweltverbände, Gewerkschaften, Kirche, kommunale Spitzenverbände) so vertreten, dass das fachliche Spektrum umfassend abgedeckt ist – ohne einer proportionalen Verteilung gerecht zu werden.

Darüber hinaus haben die Mitglieder der Arbeitsgruppe 6 einen eigenen Textbaustein zum Thema Suffizienz erarbeitet (S. 25).

Die der Maßnahmenauswahl in der Arbeitsgruppe zugrunde liegenden Maßnahmensteckbriefe liegen diesem Dokument als Anlage bei. Diese Arbeitsunterlagen sind kein abgestimmtes Ergebnis der Arbeitsgruppe, sondern spiegeln Einzelmeinungen wider.

Auf Basis der vorliegenden Ergebnisse der Arbeitsgruppen wird nun auf Strategieebene eine Impactanalyse (Wirkungsanalyse) durchgeführt, die aufzeigen soll, welche weiteren (positiven und negativen) Auswirkungen die vorgeschlagenen Strategien neben der Treibhausgasminde- rung haben können. Im Anschluss wird diskutiert werden, ob vor diesem Hintergrund Anpassungen an Strategien, Zielsetzungen oder Maßnahmenempfehlungen notwendig sind.

1. Handlungsfeld *Elektrische Anwendungen*

1a) Strategien im Handlungsfeld *Elektrische Anwendungen*

Im Handlungsfeld 1 – Elektrische Anwendungen wurden von den Teilnehmern der Arbeitsgruppe folgende zentralen Klimaschutzstrategien identifiziert:

Strategien	Kurzbeschreibung
1.1 Steigerung der Nachfrage nach effizienten Geräten	<p>Das Ziel dieser Strategie ist es, mit gezielten Maßnahmen die Nachfrage nach effizienten Geräten zu steigern. Dabei sind sowohl die klassischen elektrischen Haushaltsgeräte wie die „Weiße Ware“ erfasst als auch Informations- und Kommunikationstechnologie, Beleuchtungs- und Kraftanwendungen. Zahlreiche Faktoren haben Einfluss auf die Innovation und Diffusion effizienter Geräte. In dieser Strategie sollen <i>alle Stufen der Wertschöpfungskette</i> adressiert werden – von Herstellern über Händler, Handwerker und Verbraucher. Auf einer Stufe der Wertschöpfungskette allein, bspw. beim Produzenten, kann die Wirkung einer Maßnahme beim Durchlauf durch das Wirtschaftssystem abgeschwächt werden. Beispielsweise kann die Preiselastizität der Anbieter dazu führen, dass Preissignale nicht beim Verbraucher ankommen. Besonderes Augenmerk wird daher auf die Kaufentscheidungen der Verbraucherinnen und Verbraucher gelegt.</p>
1.2 Förderung des effizienten Umgangs mit Geräten	<p>Neben der technischen Effizienz eines Geräts ist auch der richtige Umgang damit entscheidend für dessen Stromverbrauch. Das Wissen über den richtigen Umgang mit elektrischen Geräten kann als weit verbreitet gelten. Jedoch klafft zwischen Umweltwissen und Umwelthandeln oft eine große Lücke. Handlungsmuster lassen sich beeinflussen und in eine Richtung lenken, die klimafreundlich ist. Das richtige Wissen d.h. die umfassende Information der Akteure ist demnach wichtig, aber nicht entscheidend für energieeffizientes Nutzerverhalten.</p> <p>Maßnahmen hierzu liegen etwa bei Feedback-Mechanismen, die eingefahrene Verhaltensweisen wirksam verändern können (Beispiele: Monitoring des Verbrauchs während der Nutzungsphase, zeitvariable Stromtarife).</p> <p>Die Förderung des effizienten Umgangs mit Geräten ist eine zentrale Strategie, um kurzfristig den Stromverbrauch pro Kopf zu senken. Der effiziente Umgang mit Geräten kann praktisch sofort auch auf den gegenwärtigen Gerätebestand angewendet werden. Zudem kann diese Strategie die Steigerung der Nachfrage effizienter Geräte sinnvoll ergänzen, da sie Rebound-Effekte in der Nutzungsphase eindämmen kann.</p>
1.3 Zugang für einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen zu Energieeffizienzmaßnahmen stärken	<p>Auswirkungen von Energiepreissteigerungen auf die Verbraucherinnen und Verbraucher sind zum Gegenstand einer breiten Diskussion geworden. Energiearmut zeigt sich durch Zahlungsrückstände, Stromsperrn und die damit einhergehenden Probleme. Ziel dieser Strategie ist es daher, Maßnahmen zu entwickeln, die den Zugang einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen zur Energieeffizienzmaßnahmen stärken. Zur Eindämmung der negativen Auswirkungen steigender Strompreise stehen bereits viele, teilweise konkurrierende Vorschläge im Raum. Dazu zählt die Anhebung der Sozialtransferleistungen, Finanzierungsmodelle für energieeffiziente Geräte (Bsp.: Mikrofinanzierung: „pay as you save“), aufsuchende Stromsparberatung mit Direktinstallation vor Ort, die Einführung von Prepaidzählern oder auch die Verzahnung von energetischen Modernisierungskonzepten mit der sozialen Wohnraumförderung.</p> <p>Angesichts des zunehmenden Auseinanderklaffens der Schere zwischen Arm und Reich wird die Zahl der Kunden mit Zahlungs-</p>

	<p>schwierigkeiten in Zukunft noch weiter zunehmen.</p> <p>Maßnahmen, die den Zugang einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen zur Energieeffizienzmaßnahmen stärken, können ohne großen Vorlauf begonnen werden und wirken kurzfristig.</p>
<p>1.4 Beitrag der privaten Haushalte am Ausbau und der Nutzung EE (und KWK) in NRW stärken</p>	<p>Neben der Energieeinsparung und der Energieeffizienz kommt dem dynamischen Ausbau der erneuerbaren Energien (EE) in den nächsten Jahren und Jahrzehnten als zentrale Option zur Reduktion von THG-Emissionen eine zentrale Rolle zu.</p> <p>Private Haushalte können auf vielfältige Weise den Ausbau der erneuerbaren Energien in NRW stärken, sei es durch direkte Maßnahmen wie der Selbstinstallation von Photovoltaik und Beteiligung an Gemeinschaftsanlagen (PV, Windkraft) oder durch indirekte Maßnahmen wie die Nutzung von grünem Strom. Auch Mikro- und Mini-KWK-Anlagen in Privathaushalten wird in Zukunft eine größere Bedeutung beigemessen. Ziel der Strategie ist es daher, den Beitrag der privaten Haushalte am Ausbau und der Nutzung der Erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung zu stärken.</p> <p>Maßnahmen zur Stärkung des Beitrags der privaten Haushalte am Ausbau und der Nutzung der Erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung benötigen nur geringen Vorlauf und können zeitnah umgesetzt werden.</p>
<p>1.5 Ausschöpfen der Suffizienzpotenziale¹</p>	<p>Die Suffizienzstrategie zielt auf eine Verringerung des Güterkonsums, d.h. in diesem Handlungsfeld auf eine geringere Ausstattung der privaten Haushalte mit Geräten oder auf die Ausstattung mit kleineren Geräten („Energie-Suffizienz“).</p> <p>Während in einzelnen Konsumbereichen wie der Ernährung („Zunahme vegetarischer und veganer Ernährung“) oder Reisen („Slow Travel“) bereits Suffizienztendenzen erkennbar sind und darauf ausgerichtete Produkte und Dienstleistungen entwickelt werden, ist der Bereich der elektrischen Anwendungen in vielen Bereichen – insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) – ein schnelllebiges Produkt- und Dienstleistungsfeld. Nicht nur aufgrund der Klimarelevanz dieses Feldes, sondern auch aufgrund der Rohstoffintensität der Produktion und der Überforderung der Konsumentinnen und Konsumenten durch die Zunahme der Funktionen und Anwendungen bspw. von Mobiltelefonen ist aber mit einer Einbettung in Trends der Entschleunigung und Entrümpelung zu rechnen.</p>

¹ siehe hierzu auch die Erläuterung zum Thema Suffizienz auf S. 24

1b) Maßnahmenvorschläge im Handlungsfeld *Elektrische Anwendungen*

Im Handlungsfeld Elektrische Anwendungen wurden von den Teilnehmern der Arbeitsgruppe folgende Klimaschutzmaßnahmen zur Umsetzung der Strategien vorgeschlagen:

Strategie 1.1: Steigerung der Nachfrage nach effizienten Geräten

Maßnahmenvorschlag Nr. 1.1.1	Förderprogramm zur Finanzierung von energieeffizienten Geräten
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung NRW soll ein Förderprogramm zur Finanzierung von energieeffizienten Geräten einrichten. Mit Prämien wird der Kauf von hocheffizienten Haushaltsgeräten gefördert. Ein realistisches Ziel könnte sein, mit einem Förderprogramm ab dem dritten Jahr einen Marktanteil von 25 % für marktbeste Geräte zu erreichen.
<i>Empfehlung der AG</i>	<i>Von der AG einvernehmlich zur Aufnahme in den KSP empfohlen.</i>
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	

Maßnahmenvorschlag Nr. 1.1.2	Einrichtung einer (dauerhaften) Topten-Datenbank von effizienten Produkten
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung NRW soll dauerhaft ein Informationsangebot zu effizienten energieverbrauchenden Produkten fördern. Die bisher existierenden Datenbanken effizienter Produkte sollten dabei ausgebaut bzw. neue aufgebaut und vor allem dauerhaft institutionell verankert werden.
<i>Empfehlung der AG</i>	<i>Von der AG einvernehmlich zur Aufnahme in den KSP empfohlen.</i>
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	

Strategie 1.2: Förderung des effizienten Umgangs mit Geräten

Maßnahmenvorschlag Nr. 1.2.1	Pilotvorhaben zur Einführung eines progressiven Stromtarifs durch Energieversorgungsunternehmen
<i>Kurzbeschreibung</i>	Das Land soll gemeinsam mit verschiedenen Energieversorgungsunternehmen ein Pilotprojekt zur Einführung eines progressiven Stromtarifs starten. Durch einen progressiven Stromtarif erzielen private Haushalte im Falle von Stromeinsparungen auch Kosteneinsparungen, da sie durch einen geringeren Verbrauch niedrigere Kosten hätten und der Tarif weiter sänke, je mehr Strom sie einsparten. So werden Rebound-Effekte, die oft mit Energieeffizienzmaßnahmen einhergehen, umgangen.
<i>Empfehlung der AG</i>	<i>Von der AG hinsichtlich der Aufnahme in den KSP unterschiedlich bewertet (3 Gegenstimmen).</i>
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	Gegenargumente: <ul style="list-style-type: none"> - Endkundenpreisregulierung zu erwarten - These „progressive Stromtarife helfen Haushalten ihre Kosten zu reduzieren“ ist umstritten - Hoher Aufwand beim Versorger, um Entwicklungen in den einzelnen Haushalten nachzuhalten (z.B. Personenzahl) - Hoher bürokratischer Aufwand - Datenschutzbedenken, Überwachung (Teilnahme müsste freiwillig sein)

	Zusätzliche Hinweise: Im Steckbrief geht es schon stark Richtung Umsetzung - (auch hier eher Richtung Pilotvorhaben) umformulieren, um konsistent zu sein
--	--

Maßnahmenvorschlag Nr. 1.2.2	Öffentlichkeitsarbeit und Campaining rund um Energie
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung soll Öffentlichkeitsarbeit und Energie-Campaigning in Form von Informations- und Beratungsmaßnahmen fördern. Dabei sollen Umwelt- und Verbraucherverbände, Kammern, Verbände, Beratungseinrichtungen, lokale Klimaallianzen oder Agendagruppen, Museen, Bibliotheken und weitere Akteure im Bereich Klimaschutz einbezogen werden. Durch zielgruppenorientierte Direktansprache werden Verbraucherinnen und Verbraucher zu wechselnden inhaltlichen Schwerpunkten (z.B. Energiesparen, Energieeffizienz oder Gebäudemodernisierung) informiert und durch Aktionstage wie z.B. die „Landesweite NRW Hour“ zum eigenen Handeln motiviert.
<i>Empfehlung der AG</i>	Von der AG einvernehmlich zur Aufnahme in den KSP empfohlen.
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	

Strategie 1.3: Zugang für einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen zu Energieeffizienzmaßnahmen stärken

Maßnahmenvorschlag Nr. 1.3.1	Initiative auf Bundesebene: Energiearmut lindern - Prepaid statt Sperre
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung NRW soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, durch eine Änderung der Stromgrundversorgungsverordnung (StromGVV) oder des Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) Prepaidzähler einzuführen. Sie können die schlimmste Folge der Energiearmut, die Versorgungsunterbrechung, verhindern und dazu beitragen, dass die Betroffenen bewusster und sparsamer mit Elektrizität umgehen.
<i>Empfehlung der AG</i>	Von der AG hinsichtlich der Aufnahme in den KSP unterschiedlich bewertet (10 Gegenstimmen).
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	Gegenargumente: <ul style="list-style-type: none"> - Es handelt sich um eine sozialpolitische Maßnahme, Klimaschutzrelevanz nicht erkennbar - rechtliche Bedenken - um dies umzusetzen, müssten alle Stromversorger mitmachen; Umsetzung unrealistisch (hohe Kosten für Stromversorger) - Mehrwert fraglich: Prepaid nur ein anderes Wort für Sperre?

Strategie 1.4: Beitrag der privaten Haushalte am Ausbau und der Nutzung EE (und KWK) in NRW stärken

Maßnahmenvorschlag Nr. 1.4.1	Pilotprojekt „Nudging“ - Default-Option Ökostrom
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung soll in einer begrenzten Zahl von Städten in NRW gemeinsam mit den Stadtwerken eine Default-Option für Ökostrom einführen. Durch das Angebot von Ökostrom als Vorgabeoption („Default-Option“) wird Ökostrom automatisch geliefert.
<i>Empfehlung der AG</i>	Von der AG einvernehmlich zur Aufnahme in den KSP empfohlen.
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	

Maßnahmenvorschlag Nr. 1.4.2	Mini- und MIKRO-KWK – Maßnahmenpaket zur Etablierung
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung soll breit angelegte Marketing-, Informations- und Qualifizierungsmaßnahmen zur Etablierung von Mini- und Mikro-KWK fördern. Ideen sind eine Roadshow oder Präsentationskonzepte für Verbraucherveranstaltungen sowie Ausstellungsobjekte für öffentliche Gebäude.
<i>Empfehlung der AG</i>	Von der AG einvernehmlich zur Aufnahme in den KSP empfohlen.
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	

Maßnahmenvorschlag Nr. 1.4.3	Marketing für Ökostrom von regionalen Energieanbietern
<i>Kurzbeschreibung</i>	Das Land NRW als nicht-kommerzieller unabhängiger Akteur soll sich durch kommunikative Maßnahmen und in der Öffentlichkeitsarbeit für die Nutzung seriöser Ökostromangebote der nordrhein-westfälischen Energieversorger einsetzen und so die Akzeptanz Grünen Stroms und die Stromerzeugung aus regenerativen Energien fördern.
<i>Empfehlung der AG</i>	Von der AG einvernehmlich zur Aufnahme in den KSP empfohlen.
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	Zusätzlicher Hinweis: In Abhängigkeit von der Diskussion zur energiewirtschaftlichen Bedeutung des freiwilligen Ökostrommarkts ist ggf. eine Neubewertung der Maßnahme notwendig.

Strategie 1.5: Ausschöpfen der Suffizienzpotenziale

Maßnahmenvorschlag Nr. 1.5.1	Informationskampagne „Mein Wäschetrockner ist eine Leine“
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung soll eine Kampagne zur Reduktion des Gebrauchs von Wäschetrocknern fördern. Durch zielgruppenorientierte Direktansprache werden private Haushalte öffentlichkeitswirksam z.B. auf Stadt(teil)festen, in Fußgängerzonen oder vor Schulen und Kitas angesprochen.
<i>Empfehlung der AG</i>	Von der AG hinsichtlich der Aufnahme in den KSP unterschiedlich bewertet (1 Gegenstimmen).
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	Gegenargumente: Es besteht Gefahr, dass der gegenteilige Effekt eintritt, wenn die Wäsche in beheizten Räumen aufgehängt wird. Studien (z.B. BSH-Studie 2008, erstellt durch Öko-Institut) zeigen, dass das Trocknen in beheizten Räumen eine schlechtere CO ₂ Bilanz besitzt als die Nutzung moderner Wäschetrockner → dieser Punkt ist in der Informationskampagne aufzugreifen Zusätzlicher Hinweis: Maßnahme ist zu kleinteilig, sollte ggf. in eine übergreifende Kampagne integriert werden

Maßnahmenvorschlag Nr. 1.5.2	Informationskampagne „Weniger ist Cool“ – Kein Zweitkühlschrank für mich!
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung soll eine Kampagne und einen Wettbewerb organisieren, um für den Verzicht auf Zweitkühlschränke zu sensibilisieren. Die Kampagne kann in einem zweiten Schritt auf weitere energieintensive Elektrogeräte übertragen werden.
<i>Empfehlung der AG</i>	Von der AG einvernehmlich zur Aufnahme in den KSP empfohlen.
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	

2. Handlungsfeld *Wohnen*

2a) Strategien im Handlungsfeld *Wohnen*

Im Handlungsfeld 2 - Wohnen wurden von den Teilnehmern der Arbeitsgruppe folgende zentralen Klimaschutzstrategien identifiziert:

Strategie	Kurzbeschreibung
2.1 Reduktion des Energiebedarfs im Gebäudebestand	<p>In der Erhöhung der Gebäudesanierungsrate und -tiefe und der Kontrolle der Maßnahmenumsetzung liegen im Haushaltsbereich sowohl die größten Einsparpotenziale als auch die größten Handlungsbedarfe bzgl. der Weiterentwicklung rechtlicher Instrumente.</p> <p>Gerade um eine langfristige Reduktion der THG um mindestens 80% bis 2050 (ggü. 1990) zu erreichen, wird eine deutliche Erhöhung der energetischen Sanierungsrate für Gebäude als dringend notwendig erachtet (Diskussion hierzu in AG3).</p> <p>Mit Inkrafttreten geeigneter Maßnahmen zur Umsetzung der Strategie kann die Klimaschutzwirkung sofort eintreten. Es handelt sich im Prinzip um vorgezogenen bzw. beschleunigten Klimaschutz. Früh wirkende Maßnahmen vermeiden zukünftig überproportional hohe Anstrengungen und Kosten im Klimaschutz.</p> <p>Weiterhin bedarf es nicht nur einer ausreichend <i>schnellen</i> Umsetzung (Sanierungsrate), sondern auch die Umsetzung auf ein ausreichend ambitioniertes Energieeffizienzniveau (Sanierungstiefe).</p>
2.2 Förderung eines energieeffizienten Nutzerverhaltens	<p>Neben der richtigen Dämmung und effizienter Warmwasserbereitung und Sanierung ist auch das richtige Verhalten der Bewohner ein entscheidender Faktor für die Reduktion des Energiebedarfs in Gebäuden. Das Wissen bspw. über richtiges Heizen und Lüften kann als weit verbreitet gelten. Jedoch klafft zwischen Umweltwissen und Umwelthandeln oft eine große Lücke. Handlungsmuster lassen sich beeinflussen und in eine Richtung lenken, die klimafreundlich ist. Das richtige Wissen d.h. die umfassende Information der Akteure ist Voraussetzung, aber nicht entscheidend für energieeffizientes Nutzerverhalten.</p> <p>Die Förderung des energieeffizienten Nutzerverhaltens ist eine zentrale Strategie, um kurzfristig den Wärmebedarf senken. Es kann praktisch sofort auch in den gegenwärtigen Gebäuden angewendet werden. Zudem kann diese Strategie die Sanierungsstrategie von Gebäuden sinnvoll ergänzen, da sie Rebound-Effekte in der Nutzungsphase eindämmen kann.</p> <p>Maßnahmen zur Förderung eines effizienten Umgangs mit den Geräten können auf der Bundes-, Landes- und Kommunalebene angesiedelt sein. Aber auch Energieversorger und Beratungsinstitutionen können wichtige Akteure sein. Verhaltensänderungen oder eine Verringerung der Raumtemperatur können mittels Beratungsaktivitäten von verschiedenen Ebenen unterstützt werden.</p>
2.3 Erhöhung des Anteils EE, KWK, Nah-/Fernwärme- u. Abwärmenutzung	<p>Neben der Energieeinsparung und der Energieeffizienz kommt dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien (EE) eine zentrale Rolle zu.</p> <p>Für den Sektor Bauen / GHD ist insbesondere der EE-Wärmesektor relevant, also die Bereitstellung von Wärme aus Solarstrahlung, geothermischer oder Umgebungswärme und Biomasse zur Gebäudebeheizung und zur Warmwasserbereitung</p> <p>Die Nutzung der erneuerbaren Energien, der Kraft-Wärme-Kopplung, der Nah-/Fern- und Abwärme zu Raumwärmезwecken ist eine vielversprechende Strategie zur THG-Minderung. Solarthermieanlagen und Pellet- bzw. Holzhackschnitzelheizungen nutzen erneuerbare Energien zur Raumwärme- und Warmwassererzeugung, KWK-Anlagen erzeugen Strom und nutzbare Wärme</p>

	gleichzeitig, in Nah- und Fernwärmenetzen kann Wärmeenergie, die sonst evtl. ungenutzt bliebe, zu den Haushalten transportiert und genutzt werden. Dies sollte unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit erfolgen.
2.4 Ausschöpfen der Suffizienzpotenziale²	<p>Die Suffizienzstrategie zielt auf eine Verringerung des Güterkonsums, d.h. in diesem Handlungsfeld eine Verringerung der Wohnfläche pro Kopf oder eine Absenkung der durchschnittlichen Raumtemperatur.</p> <p>Bislang werden Effizienzgewinne beim Raumwärmebedarf pro Quadratmeter durch den Zuwachs von Wohnflächen, die zusätzlich beheizt werden müssen, teilweise aufgezehrt. Daher muss über die effiziente Verbesserung des Raumwärmebedarfs pro m² Wohnfläche auf der Verbraucherseite eine absolute Reduktion der Raumwärmenachfrage durch Suffizienz erreicht werden.</p> <p>Die Ausschöpfung der Suffizienzpotenziale im Gebäudebestand kann praktisch sofort umgesetzt werden. Das betrifft den Ausbau der Beratungsseite, d.h. zielgruppengerechte Informationskampagnen und Beratung für besseres Heizverhalten und Wettbewerbe für Energiesparen. Diese Kampagnen sollten Maßnahmen auf raumplanerischer Ebene und Förderprogramme begleiten.</p>

2b) Maßnahmenvorschläge im Handlungsfeld *Wohnen*

Im Handlungsfeld 2 - Wohnen wurden von den Teilnehmern der Arbeitsgruppe folgende Klimaschutzmaßnahmen zur Umsetzung der Strategien vorgeschlagen:

Strategie 2.1: Reduktion des Energiebedarfs im Gebäudebestand

Maßnahmenvorschlag 2.1.1	Ausbau der Information und Beratung der privaten Haushalte zu Energieeinsparung und Energieeffizienz
<i>Kurzbeschreibung</i>	<p>Die Landesregierung soll die Informations- und Beratungsprogramme ausbauen, die private Haushalte und Gebäudeeigentümer individuell über Aufteilung ihres aktuellen Stromverbrauchs, den energetischen Zustand ihrer Wohnung bzw. ihres Gebäudes, der Heizung und der Warmwasserbereitung informieren. Darauf aufbauend werden sie dann über sinnvolle Maßnahmen zur Einsparung von Energie und Ressourcen, verbunden mit einem konkreten Vorschlag für einen Fahrplan zur Umsetzung, informiert.</p> <p>Insbesondere eine aufsuchende Vor-Ort-Energieberatung sowie kommunikative Interventionen bei Änderung von Lebenssituationen (Umzug, ...) sollen die bisherigen Programme zur energetischen Gebäudesanierung ergänzen und erweitern.</p>
<i>Empfehlung der AG</i>	<i>Von der AG einvernehmlich zur Aufnahme in den KSP empfohlen.</i>
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	

Strategie 2.2: Förderung eines energieeffizienten Nutzerverhaltens

Maßnahmenvorschlag 2.2.1	Initiative auf Bundesebene: Energieausweispflicht (Bedarfsausweis) für jedes Gebäude nach Baualtersklassen
<i>Kurzbeschreibung</i>	<p>Die Landesregierung NRW soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, die rechtlichen Voraussetzungen für eine Energieausweispflicht (Bedarfsausweis) für alle Gebäude nach Baualtersklassen zu schaffen. Die Energieausweispflicht muss auch Hauseigentümer einschließen, die ihr Haus bzw. Wohnung selbst nutzen. Darüber hinaus soll der Energieausweis stärker beworben werden, um die Nachfrage zu erhöhen.</p>

² siehe hierzu auch die Erläuterung zum Thema Suffizienz auf S. 24

<i>Empfehlung der AG</i>	<i>Von der AG hinsichtlich der Aufnahme in den KSP unterschiedlich bewertet (2 Gegenstimmen).</i>
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	Gegenargumente: - Bedarfsausweis ist mit hohem Aufwand zur Datenbeschaffung verbunden.

Maßnahmenvorschlag 2.2.2	Best-Practice-Datenbank „Energetische Gebäudesanierung“
<i>Kurzbeschreibung</i>	Das Land soll den Aufbau einer landesweiten Datenbank von Best-Practice-Beispielen zur energetischen Gebäudesanierung unterstützen mit dem Ziel, alle beteiligten Akteure aus der Bauwirtschaft und Wohnungseigentümer/innen anzuregen, stärker als bisher den Wohnungsbestand energetisch zu sanieren. In dieser Datenbank sollen möglichst alle sinnvollen Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung aufgenommen, strukturiert und übersichtlich anhand von Praxisbeispielen dargestellt werden. Eine solche Best-Practice-Datenbank sollte darüber hinaus mit einem Kommunikations- bzw. Beratungsangebot verbunden sein, das den Interessierten weitergehende Informationen vermitteln kann.
<i>Empfehlung der AG</i>	<i>Von der AG einvernehmlich zur Aufnahme in den KSP empfohlen.</i>
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	

Strategie 2.3: Erhöhung des Anteils EE, KWK, Nah-/Fernwärme- u. Abwärmenutzung

Maßnahmenvorschlag Nr. 2.3.1	Einrichtung einer Plattform für Energiegenossenschaften
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung soll eine Plattform einrichten, die den weiteren Aufbau von Energiegenossenschaften und Bürgerenergieanlagen betreut und forciert. In Anlehnung an bisherige Arbeiten werden Kompetenzvermittlung im Bereich Gründungsberatung von Genossenschaften, Weiterbildungsveranstaltungen für die Organisationen, Ansprachekonzepte für Organisationen/Akteure wie zum Beispiel das Handwerk etc., Erfahrungsaustausch auf Landesebene sowie ein integriertes Fachmonitoring gefördert.
<i>Empfehlung der AG</i>	<i>Von der AG einvernehmlich zur Aufnahme in den KSP empfohlen.</i>
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	

Strategie 2.4: Ausschöpfen der Suffizienzpotenziale

Maßnahmenvorschlag Nr. 2.4.1	Initiierung des landesweiten Förderprogramms „Jung kauft Alt“ zur Förderung von Bestandswohnungen
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung soll ein flächendeckendes Förderprogramm „Jung kauft Alt“ einrichten, mit dem junge Familien ermutigt werden sollen, Bestandswohnungen zu erwerben. Durch das Programm bleiben Bestandswohnungen erhalten und weniger Flächen zur Errichtung von Neubauten müssen ausgewiesen werden.
<i>Empfehlung der AG</i>	<i>Von der AG einvernehmlich zur Aufnahme in den KSP empfohlen.</i>
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	Zusätzliche Hinweise: - keine Fehlanreize setzen (z.B. Gentrifizierung) - Regionale Differenzierung notwendig

Maßnahmenvorschlag Nr. 2.4.2	Modellversuch zur Forschung und Entwicklung von Energiesparkonzepten in Quartieren
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung soll einen Modellversuch mit einer Hochschule fördern, bei dem ein Quartier in seiner Gesamtheit betrachtet und ein Energiekonzept für das ganze Quartier erarbeitet wird. Dabei sollen auch innovative Lebensstil-Konzepte und Experimente in Quartieren in Zusammenarbeit mit Kommunen einbezogen werden.
<i>Empfehlung der AG</i>	<i>Von der AG einvernehmlich zur Aufnahme in den KSP empfohlen.</i>
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	

3. Handlungsfeld *Konsum/Ernährung*

3a) Strategien im Handlungsfeld *Konsum/Ernährung*

Im Handlungsfeld 3 – Konsum/Ernährung wurden von den Teilnehmern der Arbeitsgruppe folgende zentralen Klimaschutzstrategien identifiziert:

Strategie	Kurzbeschreibung
3.1 Nutzungsintensivierung, bspw. gemeinschaftliche Nutzung	<p>Eine Nutzungsintensivierung (z.B. durch gemeinschaftliche Nutzung bestimmter Produkte) sorgt für eine stärkere Auslastung bestehender Güter und Infrastrukturen und kann so die Produktion neuer Güter überflüssig machen. So entfallen die Ressourcennutzung und die Treibhausgasemissionen für die ersetzten Produkte und Dienstleistungen vollständig. Intelligente Nutzung ist in vielen Fällen effektiverer Klimaschutz als die zusätzliche Produktion von effizienten Gütern. Ein großes Einsparpotenzial liegt bspw. in der gemeinschaftlichen Nutzung von Geräten und langlebigen Konsumgütern. Dabei wird nicht notwendigerweise auf Konsumfunktionen verzichtet, da intelligentere Nutzungsformen eingesetzt werden.</p> <p>Was bei Autos in Form von „Car-Sharing“ bereits weit verbreitet ist, kann auch für Werkzeuge und Haushaltsgeräte (z.B. Waschmaschinen) sowie Informations- und Kommunikationstechnologien umgesetzt werden.</p> <p>Maßnahmen beziehen sich vor allem auf die Flankierung und Unterstützung von privaten und unternehmerischen Gemeinschaftsnutzungskonzepten.</p>
3.2 Nutzungsdauerverlängerung durch reparaturfähige und langlebige ressourcenschonende Produkte	<p>Die Pflege, Instandhaltung und Reparatur von Gütern jeglicher Art und die damit verbundene Nutzungsverlängerung können einen positiven Beitrag zum Klimaschutz leisten.</p> <p>Dabei wird nicht notwendigerweise auf Konsumfunktionen verzichtet. Es reichen oftmals schon eine achtsame Behandlung und die Pflege bestehender Güter. Wichtig sind aber auch Erhaltungsmaßnahmen und Reparatur sowie Upcycling, d.h. das Umwandeln von Abfallprodukten in wieder nutzbare Produkte.</p> <p>Grundsätzlich kann zwischen individueller und organisierter Reparatur unterschieden werden. Individuelles technisches Know-how ermöglicht und erleichtert die Nutzungsdauerverlängerungen. Die organisierte Reparatur geht einen Schritt weiter und macht die Reparatur entweder zu einer gemeinschaftlichen Handlung mehrerer Menschen oder einer Dienstleistung eines Dritten, bspw. einer Werkstatt.</p>
3.3 Reduzierung des Ressourcenverbrauchs durch nachhaltigen Konsum und regionale, saisonale und ökofaire Beschaffung	<p>Gegenstand dieser Strategie ist die regionale, saisonale und ökofaire Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen. Bei Produkten ist der gesamte Lebenszyklus zu berücksichtigen unter dem Aspekt der Umweltverträglichkeit einschließlich der Energie- und Ressourceneffizienz. Ziel ist eine Reduzierung des Ressourcenbedarfes an allen Wertschöpfungsstufen, z.B. bei der Beschaffung.</p> <p>Die ökonomischen Vor- und Nachteile einer Regionalisierungsstrategie werden kontrovers diskutiert, denn durch Regionalisierung wird teilweise auf die Effizienzvorteile globalisierter und arbeitsteiliger Wertschöpfungsketten verzichtet. Andererseits wird die Wertschöpfung in der Region erhöht. Aus heutiger Sicht ist nicht abschließend zu klären, ob eine Regionalisierungsstrategie zu einer THG-Minderung führen kann. Dazu fehlen Daten zum Carbon-Footprint der Produkte sowie eine konsistente Systemübersicht. Es gibt aber Hinweise, dass es z.B. durch Transportvermeidung zu positiven Effekten kommen kann.</p>

	<p>Im Bereich Ernährung sind jedoch auch die Aspekte Saisonalität und ökologischer Anbau wegen ihrer Klimaschutzrelevanz wichtig. Eine klimafreundliche Versorgung mit Lebensmitteln würde daher z.B. bedeuten, die Allzeitverfügbarkeit von Produkten zurückzunehmen und unter Umständen weniger zu konsumieren (Suffizienz).</p>
<p>3.4 Erweiterung der Verbraucherinformation über die Höhe der THG-Emissionen von Produkten</p>	<p>Die Höhe der THG-Emissionen von Produkten ist für Verbraucherinnen und Verbraucher heute noch sehr schwer zu ermitteln. Diese Information kann in der Regel in der konkreten Kaufsituation nicht direkt eingeholt werden.</p> <p>Durch erweiterte Informationen zu den THG-Emissionen von Produkten wird die Transparenz erhöht und Verbraucherinnen und Verbraucher haben mehr Möglichkeiten, die THG-Emissionen bei ihren Kaufentscheidungen einzubeziehen.</p>
<p>3.5 Verhinderung und Reduzierung von Lebensmittelverschwendung</p>	<p>Die Entstehung von Lebensmittelabfällen ist aus ethischer, ökologischer, sozialer und nicht zuletzt ökonomischer Perspektive problematisch. Warengruppenübergreifend bestehen sieben zentrale Ursachenfelder für Lebensmittelabfälle: (1) die Festlegung von prozess- und marktbedingten Standards und Qualitätsanforderungen, (2) gesetzliche Rahmenbedingungen, hier insbesondere Regelungen zur Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit, (3) Gepflogenheiten des Marktes, (4) menschliches Fehlverhalten sowie (5) Störungen in Technik oder (6) Logistik sowie (7) kulturelle Einflüsse. Die Strategie zielt darauf ab, vermeidbare Lebensmittelabfälle auf allen Stufen der Wertschöpfung deutlich zu reduzieren.</p>
<p>3.6 Verbesserung der Recyclingquoten und –methoden</p>	<p>Recycling ist heute bei vielen Konsumentinnen und Konsumenten bereits in vielen Bereichen eine etablierte Praxis. Teilweise bestehen noch Lücken in der Umsetzung von Recycling – viele recyceln beispielsweise zuhause gewissenhaft, setzen dies jedoch bei der Arbeit nicht um. Wenn Unternehmen und öffentliche Stellen konsequent auf Recycling setzen, kann diese Lücke geschlossen werden. Ein großer Problembereich ist die Rückgabe von Produkten mit kritischen Materialien und Bausteinen, etwa Energiesparlampen, die geringe Mengen Quecksilber enthalten. Für diese Produkte braucht es eine kundenfreundliche Rückgabefrastruktur, damit sie nicht im Hausmüll landen.</p> <p>Es bestehen darüber hinaus auch Steigerungspotenziale bei der Nachfrage nach Recyclingprodukten, So ist die Nachfrage nach Recyclingpapier im Hygienebereich seit einigen Jahren rückläufig. Ebenfalls rückläufig ist die Mehrwegquote bei Getränkeverpackungen.</p> <p>Fokus dieser Strategie sollten Verbesserungen des Recycling-Verhaltens der Verbraucherinnen und Verbraucher sein, da bereits eine Vielzahl von Strukturen bestehen, die Recycling möglich machen, diese jedoch oft nicht optimal genutzt werden. Diese Verbesserung können u.a. erzielt werden durch Informationskampagnen zur Nachfragersteigerung nach Recyclingprodukten, zu Recycling im Unternehmen (bspw. recyceltes Büromaterial).</p>
<p>3.7 Ausschöpfen der Suffizienzpotenziale³</p>	<p>Die Suffizienzstrategie zielt auf eine Verringerung des Güterkonsums.</p> <p>Neue Märkte oder die Erweiterung vorhandener Märkte für immer zusätzliche Produkte verlangsamen heute Nachhaltigkeitsfortschritte oder verhindern diesen vollständig. Jeder Wandel in Richtung Suffizienz bedeutet, ein „genug“ wahrzunehmen und das richtige Maß des Konsums zu finden.</p> <p>Die Ausschöpfung der Suffizienzpotenziale im Konsumbereich kann praktisch sofort umgesetzt werden: Angebote wie konsumfreie Zonen in Städten, autofreie Tage, vegetarische / vegane Kantinenangebote u.v.m. sind Beispiele dafür.</p>

³ siehe hierzu auch die Erläuterung zum Thema Suffizienz auf S. 24

3b) Maßnahmenvorschläge im Handlungsfeld *Konsum/ Ernährung*

Im Handlungsfeld 3 – Konsum/Ernährung wurden von den Teilnehmern der Arbeitsgruppe folgende Klimaschutzmaßnahmen zur Umsetzung der Strategien vorgeschlagen:

Strategie 3.1: Nutzungsintensivierung, bspw. gemeinschaftliche Nutzung

Maßnahmenvorschlag 3.1.1	Förderung von Urban Gardening
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung soll Entwicklungs- und Umsetzungskonzepte für die Ausweitung von „urban gardening“ in NRW fördern. Dabei sollen Netzwerke zu „urban gardening“ auf verschiedenen Ebenen aufgebaut, kommunale Akteure zum Thema weitergebildet und kommunale Strategien erarbeitet werden. Zudem können lokale Modellprojekte entwickelt und aufgebaut werden. Als Pilotprojekt soll auf dem Gelände einer im Bereich der Lehrerbildung tätigen Hochschule in NRW ein mobiler Garten angelegt werden, in dem in Pflanzkästen Gemüse gesät, angepflanzt, gepflegt und geerntet werden kann.
<i>Empfehlung der AG</i>	Von der AG hinsichtlich der Aufnahme in den KSP unterschiedlich bewertet (1 Gegenstimme).
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	Gegenargumente: - kein Klimaschutzaspekt erkennbar

Maßnahmenvorschlag 3.1.2	Landesweiter Aktionstag Tauschbörsen
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung NRW soll als Schirmherrin die Umsetzung eines landesweiten Aktionstags fördern, der Tauschbörsen in den Kommunen weiter bekannt machen soll. Durch Tauschen, also Nutzungsintensivierung, müssen weniger Produkte produziert werden. Somit können CO ₂ Emissionen klimaschutzwirksam eingespart werden.
<i>Empfehlung der AG</i>	Von der AG hinsichtlich der Aufnahme in den KSP unterschiedlich bewertet (9 Gegenstimmen).
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	Gegenargumente: - Verantwortung des Landes und Klimaschutzplan damit überfrachtet, eher als Akteursbeitrag zu verstehen - wenig Klimaschutzaspekte

Strategie 3.2: Nutzungsdauerverlängerung durch reparaturfähige und langlebige ressourcenschonende Produkte

Maßnahmenvorschlag 3.2.1	Förderung von „Repair Cafés
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung soll ein Förderprogramm für die Einrichtung von Repair-Cafés in ca. 30 NRW-Städten umsetzen. In jeder Stadt soll mind. ein Repair-Café eröffnet und finanziert werden. Durch diese Maßnahme wird die handwerkliche Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger gestärkt, gesellschaftliche Aufklärung über Reparaturmöglichkeiten betrieben und die systemische Kreislaufwirtschaft gefördert.
<i>Empfehlung der AG</i>	Von der AG hinsichtlich der Aufnahme in den KSP unterschiedlich bewertet (12 Gegenstimmen).
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	Gegenargumente: - zur Reparatur defekter Geräte ist Sachverstand nötig - Sicherheitsrelevanter Bereich: Gefährdung für den Einzelnen und das Umfeld; Garantie entfällt, wenn man eigene Reparaturen durchführt; Haftungsrechtliche Gesichtspunkte sprechen dagegen - nichts Neues, wird bereits ohne staatliche Hilfe organisiert

Strategie 3.3: Reduzierung des Ressourcenverbrauchs von Ernährung durch nachhaltigen Konsum und regionale, saisonale und ökologische Beschaffung

Maßnahmenvorschlag Nr. 3.3.1	Nachhaltige Beschaffung in Einrichtungen von Vereinen, Verbänden und Unternehmen in NRW
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung NRW soll z.B. durch Beratungseinrichtungen und in Zusammenarbeit mit Akteuren der Zivilgesellschaft nachhaltige Beschaffung ökologisch und sozial verantwortlicher Produkte fördern. Ziel soll es sein, die Potenziale von Einrichtungen (Kindergärten, Kindertagesstätten, Einrichtungen der Alten-, Jugendhilfe etc.), Verbänden (bspw. Sportverbände) und Unternehmen zu nutzen, um über eine veränderte Nachfrage nach ökofairen Produkten den Energieeinsatz und Ressourcenverbrauch zu reduzieren.
<i>Empfehlung der AG</i>	Von der AG einvernehmlich zur Aufnahme in den KSP empfohlen.
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	Zusätzlicher Hinweis: Das Angebot ist ggf. für weitere Akteure zu erweitern

Maßnahmenvorschlag Nr. 3.3.2	Modellversuch zur Reduktion von Plastiktüten
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung soll gemeinsam mit ausgewählten Vertretern des Einzelhandels einen Modellversuch umsetzen, in dem auf Plastiktüten verzichtet wird und Papier- und Biobaumwolltaschen bereitgestellt werden. Die Ergebnisse des Pilotprojekts könnten in eine Initiative auf Bundesebene eingehen. So soll stufenweise der Verzicht auf Plastiktüten vorbereitet werden.
<i>Empfehlung der AG</i>	Von der AG einvernehmlich zur Aufnahme in den KSP empfohlen.
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	

Maßnahmenvorschlag Nr. 3.3.3	Initiative auf Bundesebene für mehr Verbraucherorientierung für klimafreundliche Lebensmittel
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung NRW soll mit einer Initiative auf Bundesebene für die Einführung eines standardisierten Regionallabels (analog zu dem standardisiertem Bio-Label) eintreten. Eine transparente Kennzeichnung ermöglicht den Verbraucherinnen und Verbrauchern, regionale und klimafreundlichere Lebensmittel zu kaufen.
<i>Empfehlung der AG</i>	Von der AG hinsichtlich der Aufnahme in den KSP unterschiedlich bewertet (2 Gegenstimmen).
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	Gegenargumente: Ein Label ist grundsätzlich sinnvoll, allerdings ist die Saisonalität als weiteres Kriterium zu berücksichtigen

Maßnahmenvorschlag Nr. 3.3.4	Maßnahmenbündel zur Stärkung der Vermarktung regionaler Produkte und Dienstleistungen
<i>Kurzbeschreibung</i>	Das Land NRW soll ein Bündel von Maßnahmen zur Stärkung der Vermarktung von regionalen Produkten und Dienstleistungen fördern, u.a. Sondierungen von neuen Märkten, Marketingstrategien in Zusammenarbeit mit Wirtschaftspartnern, Unterstützung von Genossenschaftsgründungen und vieles mehr.
<i>Empfehlung der AG</i>	Von der AG einvernehmlich zur Aufnahme in den KSP empfohlen.

Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung	
--	--

Maßnahmenvorschlag Nr. 3.3.5	Forschung zu nachhaltiger Ernährung / Gemeinschaftsvorsorgung
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung NRW soll ein Forschungsprojekt zu Ressourceneffizienz und Klimafreundlichkeit in der Gemeinschaftsgastronomie fördern, innerhalb dessen auch Umsetzungsvorschläge erarbeitet, praktisch erprobt und implementiert werden. Darüber hinaus soll die Landesregierung eine Plattform zur „Nachhaltigen Ernährung in Kantinen & Großküchen“ einrichten.
<i>Empfehlung der AG</i>	Von der AG einvernehmlich zur Aufnahme in den KSP empfohlen.
Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung	

Maßnahmenvorschlag Nr. 3.3.6	Einrichtung öffentlicher Trinkwasserstellen
<i>Kurzbeschreibung</i>	Das Land NRW soll die Errichtung von öffentlichen Trinkwasserstellen in unterschiedlichen Städten in NRW fördern. Aufgrund der hohen Kosten für die Wasserspender und die Notwendigkeit keimfreies Wasser bereitzustellen, können örtliche Wasserwerke ggf. als Sponsor geprüft werden.
<i>Empfehlung der AG</i>	Von der AG hinsichtlich der Aufnahme in den KSP unterschiedlich bewertet (3 Gegenstimmen).
Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung	Gegenargumente: <ul style="list-style-type: none"> - Trinkwasserversorgung wird über Wassergebühren finanziert und kann daher nicht kostenfrei zugänglich sein - Akzeptanzproblem (Hygiene- und Gesundheitsbedenken, Anschlagsangst) - Zweifel an Klimaschutzaspekten, eher Maßnahmen im Bereich Klimafolgenanpassung.

Strategie 3.4: Erweiterung der Verbraucherinformation über die Höhe der THG-Emissionen von Produkten

Keine eigene Maßnahmenvorschläge, s. übergeordnete Maßnahmen

Strategie 3.5: Verhinderung und Reduzierung von Lebensmittelverschwendung

Maßnahmenvorschlag Nr. 3.5.1	Maßnahmenbündel zur Reduktion und Verhinderung von Lebensmittelverschwendung
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung soll ein Bündel von Maßnahmen zur Reduktion und Verhinderung von Lebensmittelverschwendung unterstützen. Das Bündel umfasst: <ul style="list-style-type: none"> • Konzepte von Verantwortlichen in Erzeugung, Verarbeitung, Gastronomie und Handel, Aufklärungskampagne „Wertschätzung von Lebensmitteln“, • Netzwerkbildung zwischen regionalen Erzeugern und Verbrauchern, • Ausrichtung von öffentlichen Kantinen und Großküchen an Nachhaltigkeitskriterien z. B. über Vergabegesetz, • Forschungsprojekt zu den Ursachen für Lebensmittelabfälle in Haushalten aus Verbrauchersichtperspektive

	<p>ve,</p> <ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung eines Unterrichtsmoduls „Lebensmittel-Verschwendung“ und • Wettbewerb für Unternehmen und landwirtschaftliche Betriebe, die sich besonders positiv und innovativ in Bezug auf die Verringerung von Lebensmittelabfällen gezeigt haben. <p>Zudem wird die Wirkung von Maßnahmen zur Steigerung eines nachhaltigen Ernährungsstils erhoben.</p>
<i>Empfehlung der AG</i>	<i>Von der AG einvernehmlich zur Aufnahme in den KSP empfohlen.</i>
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	

Strategie 3.6: Verbesserung der Recyclingquoten und -methoden

Maßnahmenvorschlag Nr. 3.6.1	Verbraucherkampagne: „NRW schont Ressourcen“
<i>Kurzbeschreibung</i>	Das Land soll eine Verbraucherkampagne zur Ressourcenschonung fördern, die das in NRW vorhandene wirtschaftliche sowie wissenschaftliche Potenzial einbindet. Die Kampagne umfasst Aktionen und Campaigning, einen Wettbewerb zur Förderung von Good-Practice-Beispielen, Medienarbeit, Bildung sowie die konkrete Überwindung von Hemmnissen.
<i>Empfehlung der AG</i>	<i>Von der AG einvernehmlich zur Aufnahme in den KSP empfohlen.</i>
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	

Strategie 3.7: Ausschöpfen der Suffizienzpotenziale

Keine eigene Maßnahmenvorschläge, s. übergeordnete Maßnahmen

4. Handlungsfeld *Mobilität*

4a) Strategien im Handlungsfeld *Mobilität*

Im Handlungsfeld 4 – Mobilität wurden von den Teilnehmern der Arbeitsgruppe folgende zentralen Klimaschutzstrategien identifiziert:

Strategie	Kurzbeschreibung
4.1 Verlagerung von Pkw-Verkehr auf SPNV und ÖPNV	<p>Pkw-Verkehre sind durch vergleichsweise hohe fahrzeug- und personenkilometerspezifische CO₂-Emissionen gekennzeichnet.</p> <p>Die Bereitstellung einer attraktiven Alternative zur Pkw-Nutzung ermöglicht die Verlagerung auf den klimaschonenderen SPNV und ÖPNV. Diese Strategie umfasst unter anderem Infrastruktur- und Kommunikationsmaßnahmen zur Attraktivierung und zum Ausbau des bestehenden Angebotes.</p>
4.2 Verlagerung von Pkw-Verkehr auf den Rad- und Fußverkehr	<p>Pkw- Verkehre sind durch vergleichsweise hohe fahrzeug- und personenkilometerspezifische CO₂-Emissionen gekennzeichnet.</p> <p>Der klimaschonende Rad- und Fußverkehr kann dort, wo die Möglichkeit dazu besteht, eine attraktive Alternative zur Pkw- Nutzung darstellen. Daher umfasst diese Strategie für die privaten Haushalte vor allem Motivations- und Kommunikationsmaßnahmen zur Verkehrsverlagerung und zur Kommunikation der positiven Elemente von Rad- und Fußverkehr.</p>
4.3 Betriebliches/kommunales Mobilitätsmanagement	<p>Unternehmen und Verwaltungen verursachen CO₂-Emissionen im Verkehrsbereich, die sie durch ein optimiertes betriebliches und kommunales Mobilitätsmanagement reduzieren können.</p> <p>Mobilitätsmanagement umfasst drei Handlungsfelder:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beschäftigtenverkehre, d.h. Verkehre der Beschäftigten auf dem Weg vom Wohn- zum Arbeitsort • Verkehre mit Fahrzeugen des Fuhrparks • Dienstreisen <p>Potenziale zur Minderung der CO₂-Emissionen im Beschäftigtenverkehr liegen einerseits in der Förderung der Nutzung klimaschonender Verkehrsmittel wie dem ÖPNV oder dem Fahrrad und andererseits bei Instrumenten wie der Telearbeit. Ein weiterer Ansatz ist die Förderung von Fahrgemeinschaften. Im Fuhrparkmanagement liegen die Minderungspotenziale in erster Linie im Einsatz von sparsamen Fahrzeugen und von Gas- und Elektrofahrzeugen, sowie in der Schulung von Fahrerinnen und Fahrern in einer kraftstoffsparenden Fahrweise. Dienstreisen können oftmals durch Video- und Telefonkonferenzen ersetzt werden.</p>
4.4 Änderung des Nutzerverhaltens	<p>Im alltäglichen Verkehr können alle Verkehrsteilnehmer und Verkehrsteilnehmerinnen aktiv dazu beitragen, CO₂-Emissionen einzusparen.</p> <p>Mit dieser Strategie soll erreicht werden, dass Verkehrsteilnehmer und Verkehrsteilnehmerinnen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. durch eine Änderung bei der Verkehrsmittelwahl, 2. durch eine verbesserte Organisation ihrer Fahrten und 3. durch den bewussteren Lebensstil <p>ihre verkehrsbedingten CO₂-Emissionen mindern. Zum bewussten Lebensstil zählen dabei der bewusstere Konsum von Waren und die bewusstere Inanspruchnahme von Dienstleistungen sowie Freizeitaktivitäten.</p>

<p>4.5 Alternative Antriebskonzepte</p>	<p>Mittlerweile gibt es Entwicklungskonzepte für sparsame Pkw, leichte und schwere Nutzfahrzeuge (Lieferwagen, Lkw, Busse), die CO₂-sparende Antriebskonzepte nutzen. Das Ziel ist es, den Anteil dieser CO₂-sparenden Fahrzeuge an der Gesamtflotte zu erhöhen.</p> <p>Dies umfasst in erster Linie Fahrzeuge mit Elektromotor, mit einem Wasserstoffbrennstoffzellenantrieb oder Wasserstoffverbrennungsmotoren. Da diese Antriebssysteme mit Ausnahme weniger Elektrofahrzeuge noch keine Serienreife erreicht haben und erst mittelfristig zur Verfügung stehen werden, ist die Förderung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in diesem Bereich in NRW durch das Land ein sinnvoller Ansatz.</p>
<p>4.6 Alternative Mobilitätskonzepte</p>	<p>Die Strategie zur Förderung alternativer Mobilitätskonzepte umfasst ganzheitliche Maßnahmen wie Car-Sharing, die Nutzungsinnovationen mit Technikinnovationen verknüpfen. Damit werden neue Handlungs- und Denkweisen möglich, die bspw. im Individualverkehr den Fokus vom Besitz eines Pkw zum Zugang zu einem Pkw ermöglichen. Das Ziel von alternativen Mobilitätskonzepten ist daher die Veränderung von Mobilitätspraxis. NRW hat bei solchen Mobilitätskonzepten im privaten Bereich bereits eine gute Position und kann diese durch gezielte Förderung und Entwicklung neuer Konzepte noch ausbauen.</p>
<p>4.7 Ausschöpfen der Suffizienzpotenziale⁴</p>	<p>Die Suffizienzstrategie zielt auf eine Verringerung des Güterkonsums, d.h. in diesem Handlungsfeld eine Verkürzung der Wegelängen mit motorisierten Verkehrsmitteln und eine Verringerung der Anzahl der Wege mit motorisierten Verkehrsmitteln</p> <p>In der individuellen CO₂-Bilanz jeder Bürgerin und jedes Bürgers ist die Mobilität für mehr als 20 % der Gesamtemissionen verantwortlich. Der Verzicht auf einen eigenen Pkw und das Unterlassen von Flugzeugnutzung sind wirksame individuelle Suffizienzmaßnahmen. Politische Handlungsoptionen sind bspw. Informations- und Bildungsmaßnahmen oder die Verankerung des Suffizienzgedankens in der regionalen und kommunalen Planung.</p>

4b) Maßnahmenvorschläge im Handlungsfeld *Mobilität*

Im Handlungsfeld 4 – Mobilität wurden von den Teilnehmern der Arbeitsgruppe folgende Klimaschutzmaßnahmen zur Umsetzung der Strategien vorgeschlagen:

Strategie 4.1: Verlagerung von Pkw-Verkehr auf SPNV und ÖPNV

<p>Maßnahmenvorschlag 4.1.1</p>	<p>Modellprojekt Klima Park Cent</p>
<p><i>Kurzbeschreibung</i></p>	<p>Die Landesregierung soll ein Modellprojekt fördern, in dem in mehreren Kommunen ein Teil der Parkgebühren in den Ausbau des ÖPNV investiert wird.</p>
<p><i>Empfehlung der AG</i></p>	<p><i>Von der AG einvernehmlich zur Aufnahme in den KSP empfohlen.</i></p>
<p><i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i></p>	<p>Zusätzlicher Hinweis: Weitere Privilegierungen, z.B. für E-Mobile, prüfen</p>

<p>Maßnahmenvorschlag 4.1.2</p>	<p>Einführung eines Sozialtickets für den ÖPNV</p>
<p><i>Kurzbeschreibung</i></p>	<p>Die Landesregierung soll einen flächendeckenden Sozialtarif in allen Verkehrsverbänden für den ÖPNV einführen. Die Kosten sollten sich an den im Hartz IV Regelsatz vorgesehen Beträgen für die Nutzung des Nahverkehrs orientieren. (ca. 15 -18 €).</p>
<p><i>Empfehlung der AG</i></p>	<p><i>Von der AG hinsichtlich der Aufnahme in den KSP unterschiedlich bewertet (1 Gegenstimme).</i></p>
<p><i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen</i></p>	<p>Gegenargumente :</p>

⁴ siehe hierzu auch die Erläuterung zum Thema Suffizienz auf S.24

<i>gen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	<ul style="list-style-type: none"> - ist eher eine Maßnahme der Sozialpolitik - höherer Anteil des ÖV am Modal Split hätte keine größeren Auswirkungen auf den CO2-Anteil (Erkenntnis AG 4)
--	---

Maßnahmenvorschlag 4.1.3	Finanzielle Förderung des ÖPNV
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung NRW soll Finanzmittel zur Ertüchtigung der gesamten ÖPNV-Struktur sowie der Busse und Bahnen bereitstellen. Die Maßnahme umfasst Investitionen zur Bestandserhaltung aber auch zur Verbesserung der Benutzbarkeit.
<i>Empfehlung der AG</i>	Von der AG hinsichtlich der Aufnahme in den KSP unterschiedlich bewertet (3 Gegenstimmen).
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	Gegenargumente: <ul style="list-style-type: none"> - Maßnahme kann nicht andere und wichtigere Probleme des ÖPNV lösen

Strategie 4.2: Verlagerung von Pkw-Verkehr auf den Rad- und Fußverkehr

Maßnahmenvorschlag Nr. 4.2.1	Mit kreativen Maßnahmen die Mobilitätswende unterstützen
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung NRW soll ein Projekt zur „Mobilitätswende“ fördern, das Kommunikations-Maßnahmen zur Sensibilisierung für alternative Mobilitätsformen umfasst und diese greifbar macht. Umfasst Web 2.0-basierte Öffentlichkeitsarbeit zur Verkehrsmittelwahl, Spritspar-Kampagne in Kfz-Zulassungsstellen, Auto- und konsumfreier Sonntage in NRW-Städten, die Umsetzung der Kampagne NRW-KIDS-MOBIL sowie die Ausweitung der Umwelt- und Mobilitätsberatung der Verbraucherschutzorganisationen.
<i>Empfehlung der AG</i>	Von der AG hinsichtlich der Aufnahme in den KSP unterschiedlich bewertet (1 Gegenstimme).
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	Gegenargumente: <ul style="list-style-type: none"> - Maßnahme kann nicht andere und wichtigere Probleme des ÖPNV lösen.

Strategie 4.3: Betriebliches / kommunales Mobilitätsmanagement

Maßnahmenvorschlag Nr. 4.3.1	Gesetzliche Verpflichtung zur Aufstellung von Mobilitätsmanagementsystemen in Kommunen und Unternehmen
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung soll eine gesetzliche Verpflichtung für Kommunen, Kreise und Unternehmen einführen, Mobilitätsmanagementsysteme einzuführen. Dadurch soll ein nachhaltiges Verkehrsverhalten ihrer Bürgerinnen und Bürger bzw. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefördert werden.
<i>Empfehlung der AG</i>	Von der AG hinsichtlich der Aufnahme in den KSP unterschiedlich bewertet (2 Gegenstimmen).
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	Gegenargumente: <ul style="list-style-type: none"> - wenn der ÖPNV gut funktionieren würde, brauchte eine solche Bevormundung nicht stattzufinden - reine Bürokratie - ÖPNV gibt es nicht in der Fläche

Strategie 4.4: Änderung des Nutzerverhaltens

Maßnahmenvorschlag Nr. 4.4.1	Einführung des landesweiten intermodalen „Ticket Klimaschutz“
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung NRW soll ein landesweites intermodales „Ticket Klimaschutz“ einführen. Dieses Ticket ermöglicht es, in ganz NRW ohne den Besitz eines eigenen Autos individuell mobil zu sein. Das landesweite Ticket Klimaschutz orientiert sich am Modellprojekt „Mobil in Düsseldorf“ und skaliert dieses auf die

	landesweite Ebene.
<i>Empfehlung der AG</i>	<i>Von der AG hinsichtlich der Aufnahme in den KSP unterschiedlich bewertet (1 Gegenstimme).</i>
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	Gegenargumente: - ÖPNV zu unzuverlässig, wenn man feste Termine einhalten muss. Stattdessen Fokussieren auf die Verbesserung des ÖPNV.

Strategie 4.5: Alternative Antriebskonzepte

In der AG6 Private Haushalte sind keine Maßnahmen vorgeschlagen worden, die auf eine Erhöhung des Anteils von Fahrzeugen mit elektrischem Antrieb oder Wasserstoffantrieb abzielen. Hemmnisse für die Verbreitung von Fahrzeugen mit alternativen Antriebssystemen sind die Kosten, die Reichweite und der Ausbau der (Lade-) Infrastruktur. Es ist folgerichtig, zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Maßnahmen wie bspw. Kaufanreize umzusetzen, da entsprechende Fahrzeuge z.T. noch nicht marktreif und durch den Bedarf an kritischen Stoffen aus dem Ausland und – bei Elektromobilen – durch den gegenwärtigen Strommix in Deutschland meist weder nachhaltig noch klimafreundlich sind.

Strategie 4.6: Alternative Mobilitätskonzepte

Maßnahmenvorschlag Nr. 4.6.1	Initiative auf Bundesebene: Erlass der KFZ Steuer für Carsharing“
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung NRW soll sich auf Bundesebene für eine Befreiung von Gemeinschaftsautos von der Kfz-Steuer einsetzen. Explizit nicht gemeint sind Taxen oder Mietwagen sowie gemeinschaftlich genutzte Mietwagen. Gemeinschaftliche Nutzung von Autos führt in der Regel dazu, dass generell weniger das Auto und mehr öffentliche Verkehrsmitteln oder das Fahrrad genutzt werden.
<i>Empfehlung der AG</i>	<i>Von der AG hinsichtlich der Aufnahme in den KSP unterschiedlich bewertet (5 Gegenstimmen).</i>
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	

Strategie 4.7: Ausschöpfen der Suffizienzpotenziale

Maßnahmenvorschlag Nr. 4.7.1	Informationsangebote im Internet zum Bürgerverkehr auf dem Land
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung soll die Erstellung von Informationsangeboten im Internet mit regionalem Bezug fördern, auf dem Mitfahrgelegenheiten im lokalen, regionalen oder auch weiter entfernten Umkreis angeboten werden. Das Angebot kann durch eine App auch für mobile Endgeräte nutzbar gemacht werden. Die bereits bestehenden Haltestellen des ÖPNV können als Treffpunkte genutzt werden. Der Kostenbeitrag für die Fahrt mit dem „Bürgerverkehr“ sollte dem einer einfachen Fahrt mit dem Bus entsprechen.
<i>Empfehlung der AG</i>	<i>Von der AG einvernehmlich zur Aufnahme in den KSP empfohlen.</i>
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	Zusätzliche Hinweise: - Abgleich mit bestehenden Portalen vornehmen, ggf. Integration der Maßnahme in ein bestehendes Portal erwägen bzw. auch Vernetzung der Portale bzw. Metasuchportal anstoßen - Hierbei muss die ursprüngliche Intention der Maßnahme

	<p>(Überregionalität) gewährleistet bleiben</p> <ul style="list-style-type: none">- Konformität mit Beförderungsrichtlinien prüfen- Einbindung von Taxiunternehmen und ÖPNV-Angeboten prüfen
--	---

Handlungsfeldübergreifende Maßnahmen

Darüber hinaus wurden von der Arbeitsgruppe Private Haushalte handlungsfeldübergreifende Maßnahmen vorgeschlagen:

Maßnahmenvorschlag Nr. 0.0.1	Schutz des Klimas als festen Bestandteil des Bildungsangebotes in NRW fördern und ausbauen.
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung soll eine Vielzahl von schulischen und außerschulischen Bildungsangeboten für Erwachsene wie auch für Kinder und Jugendliche sowie maßgeschneiderte Bildungsprojekte etwa für Migranten oder Auszubildende fördern. Mittels des Förderangebots werden Lehrkräfte im Bereich Klimaschutz und Energieeinsparung geschult sowie Bildungsangebote in Schulen und in der Erwachsenenbildung bereit gestellt. Darüber hinaus soll eine Bildungs- und Praxisplattform für erneuerbare Energien gebildet werden. Außerdem soll Klimabildung sowohl in bestehenden als auch in künftigen kommunalen Klimaschutzkonzepten angemessen berücksichtigt werden.
<i>Empfehlung der AG</i>	<i>Von der AG einvernehmlich zur Aufnahme in den KSP empfohlen.</i>
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	Einschränkung: - Diese Maßnahme beinhaltet nicht die Einführung eines neuen Unterrichtsfachs.

Maßnahmenvorschlag Nr. 0.0.2	Einrichtung des Unterrichtsfaches „Verbraucher- und Ernährungsbildung“
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung soll das Unterrichtsfach „Verbraucher- und Ernährungsbildung“ in allen Schulformen von der Primarstufe bis zur Kl. 10 in die Lehrpläne einführen. Das Unterrichtsfach leistet einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit den lokalen, regionalen und globalen Folgen individuellen Handelns und fördert die Bereitschaft zur Verhaltensänderung.
<i>Empfehlung der AG</i>	<i>Von der AG hinsichtlich der Aufnahme in den KSP unterschiedlich bewertet (3 Gegenstimmen).</i>
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	Gegenargumente: - Teilnehmende befürchten eine Überforderung der Schülerinnen und Schüler durch Einführung eines neuen Fachs - Klimaschutz ist bereits Teil des Lehrplans aller Schulformen der Sek 1 und 2

Maßnahmenvorschlag Nr. 0.0.3	Initiative gegen Greenwashing
<i>Kurzbeschreibung</i>	Die Landesregierung NRW soll den Verbraucherorganisationen durch eine Projektförderung (EU, Land NRW und Kommunen) ermöglichen, ihre Aktivitäten gegen Greenwashing im Klimaschutzmarkt ausbauen. Ziel ist, vornehmlich Personalkapazitäten aufzustocken um mit rechtlichen Instrumenten gegen „schwarze Schafe“, die die Werbung mit Klimaschutzargumenten „übertreiben“, vorgehen zu können. Dadurch soll das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher gestärkt und die Akzeptanz für mehr Klimaschutz erhöht werden.
<i>Empfehlung der AG</i>	<i>Von der AG einvernehmlich zur Aufnahme in den KSP empfohlen.</i>
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	

Maßnahmenvorschlag Nr. 0.0.4	Initiative auf Bundesebene zur Verschärfung der Umsetzung der EU-Effizienzrichtlinie
<i>Kurzbeschreibung</i>	Bei der Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie (EED) muss

	zum einen Artikel 7 konsequent mit neuen Maßnahmen umgesetzt und zugleich weitere in der EU-Energieeffizienzrichtlinie angelegte Maßnahmen realisiert werden. Das Land NRW soll sich dafür auf Bundesebene einsetzen.
<i>Empfehlung der AG</i>	<i>Von der AG hinsichtlich der Aufnahme in den KSP unterschiedlich bewertet (2 Gegenstimmen).</i>
<i>Zusätzliche Hinweise / Ergänzungen / Gründe für die unterschiedliche Bewertung</i>	Gegenargumente: <ul style="list-style-type: none">- Empfehlung noch nicht konkret genug- Umsetzung der EED muss im Frühjahr erfolgen, Maßnahme käme zu spät

Textbaustein Suffizienz

Suffizienz (von lat. *sufficere* – hinreichen, genug sein) im Kontext des Klimaschutzes beschäftigt sich mit der Frage nach notwendigen Veränderungen des Lebensstils/ Konsumverhaltens, um weniger Produkte und Dienstleistungen zu verbrauchen und weniger Treibhausgasemissionen zu verursachen. Nach Oliver Stengel (2011) zielt Suffizienz darauf ab, „dass Menschen ihr Verhalten ohne Zwang verändern und Praktiken, die Ressourcen übermäßig verbrauchen, einschränken oder ersetzen“ (ebda, S. 140).

Suffizientes Verhalten kann intrinsisch, also aus eigenem Antrieb/von innen heraus, geschehen, oder extrinsisch, also durch Anreize von außen, angestoßen werden (vgl. Stengel 2011, S. 273f.). Suffizienz wird in der Literatur als Selbstbegrenzung, Befreiung vom Überfluss oder „voluntary simplicity“ beschrieben. Individuelles suffizientes Verhalten profitiert von der aktuell entstehenden Anerkennungskultur für umweltbewussten Konsum. Bewegungen wie „Slow Food“ oder „Slow Travel“ sind Ausdruck davon und grenzen sich von den gängigen Trends der beschleunigten Produktions- und Erlebnisrate ab. Insgesamt ist ein Trend von der Konzept- und Begriffsentwicklung hin zur praktischen Anwendung zu beobachten (Palzkill/Schneidewind 2012).

Im Leitbild einer zukunftsfähigen Wirtschaft zur Erreichung eines ökologischen Wohlstandes ist die Rolle der Suffizienz gleichwertig mit der von Dematerialisierung durch Effizienz und Naturverträglichkeit durch Konsistenz (=Einsatz von Technologien) anzusehen (vgl. Zukunftsfähiges Deutschland 2010, S. 233): „Sowohl Dematerialisierung wie Naturverträglichkeit verfehlen ihr Ziel, wenn nicht das Prinzip der Selbstbegrenzung an ihre Seite tritt“ (ebda, S. 233).

Die angestrebten Klimaschutzziele und die Vermeidung ökologischer Krisen werden nicht allein durch technologische Maßnahmen erreichbar sein - somit kommt dem einzelnen Bürger die Verantwortung zu, im alltäglichen Leben einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Ein Beispiel: In den verschiedenen Bedürfnisfeldern des Alltags - also Wohnen, Ernährung, Mobilität und Konsum – entstehen Treibhausgasemissionen. Durch suffizientes Verhalten, z. B. Reduzierung des Stromverbrauchs oder die Vermeidung von Fahrtwegen, können Treibhausgasemissionen effektiv eingespart und Ressourcen geschont werden.

Literatur:

- BUND/Brot für die Welt [Hrsg.] (2010): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Fischer Taschenbuch Verlag.
- Nussbaum, Martha C. (1998): Menschliches Tun und soziale Gerechtigkeit. Zur Verteidigung des aristotelischen Essentialismus. In: Holmer Steinfath (Hrsg.): Was ist ein gutes Leben?, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S.196-234.
- Palzkill, Alexandra & Schneidewind, Uwe (2012): Suffizienz als Business Case, in: Wuppertal Institut (Hg.): Impulse zur WachstumsWende, Wuppertal
- Stengel, Oliver (2011): Suffizienz. Die Konsumgesellschaft in der ökologischen Krise. Oekom Verlag.

Liste der beteiligten Institutionen der AG6

1. Architektenkammer NRW
2. ASEW Arbeitsgemeinschaft für sparsame Energie und Wasserverwendung im VKU
3. Caritas in NRW
4. Deutscher Gewerkschaftsbund DGB Bezirk Nordrhein-Westfalen
5. Deutscher Mieterbund Nordrhein-Westfalen e.V.
6. EnergieAgentur.NRW
7. Fachhochschule Münster Fachbereich Oecotrophologie
8. Gemeinde Saerbeck
9. Handelsverband Nordrhein-Westfalen
10. Haus & Grund Ostwestfalen Lippe e.V. (benannt von Haus und Grund Landesverband NRW)
11. Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen
12. Kreis Steinfurt
13. Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V
14. Landesbüro der Naturschutzverbände NRW
15. Landesinnungsverband des Schornstefegerhandwerks Nordrhein-Westfalen
16. Landesseniorenvertretung NRW e.V.
17. Landesverband der Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen e.V.
18. Landkreistag Nordrhein-Westfalen
19. Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen
20. Miele & Cie. KG
21. Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
22. Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen
23. Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen
24. Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW (NUA)
25. Rheinischer LandFrauenverband e.V. (vertritt auch Westfälisch-Lippischen Landfrauenverband)
26. RWE Deutschland AG
27. RWE Effizienz GmbH
28. Schornstefeger-Innung für den Regierungsbezirk Düsseldorf
29. Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen
30. Stadt Bottrop
31. Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen
32. Universität Paderborn
33. Verbraucherzentrale NRW e. V.
34. WSW Energie & Wasser AG (benannt von der Wuppertaler Stadtwerke GmbH)
35. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH
36. Zentrum für Umwelt und Energie der Handwerkskammer Düsseldorf (benannt vom Westdeutschen Handwerkskammertag)